

Hunderte Meldungen zu überhöhten Mieten in Leipzig



Mit einer neuen App der Linkspartei können Leipzigerinnen und Leipziger mutmaßlichen Mietwucher direkt an die Behörden melden.

Von Friederike Pick
vor 17 Stunden



Artikel anhören

In den vergangenen Monaten sind auch in Leipzig viele Mieten gestiegen. Einige Bürgerinnen und Bürger zahlen inzwischen vielleicht auch mehr, als überhaupt zulässig wäre. Im Volksmund wird das häufig als Mietwucher bezeichnet. Mithilfe des Leipziger [Mietspiegels lässt sich dies auch selbst herausfinden](#) und berechnen. Selbiges geht auch mit der „Mietwucher-App“ der Partei Die Linke, die gleich auch eine Meldung an die Behörden beinhaltet. Seit November 2024 ist die App in Leipzig nutzbar und hat laut Sozialamt bereits insgesamt 330 Meldungen zu mutmaßlichem Mietwucher ausgelöst.

Zum Vergleich: Bevor die „Mietwucher-App“ verfügbar wurde, gab es nur eine einzige Meldung mit Verdacht auf Mietwucher bei den Behörden. Die aktuelle Steigerung auf Hunderte Hinweise in wenigen Tagen muss im Sozialamt nun erst einmal verarbeitet werden. „Bisher wurden die Meldungen erfasst und die Betroffenen haben eine Eingangsbestätigung erhalten“, so Menge-Bukh. Weitere Schritte seien noch nicht erfolgt

– dazu sei es zu früh. „Das wird seine Zeit dauern, Erfolg offen.“ Ob die vermehrten Meldungen demnach Konsequenzen zeigen werden, dazu fehlt im Leipziger Sozialamt bisher die Erfahrung.

Überhöht ist eine Miete nach geltender Gesetzgebung, wenn sie über der im Mietspiegel festgelegten, ortsüblichen Vergleichsmiete liegt oder wenn die Miete innerhalb von drei Jahren mehr als 15 Prozent angehoben wurde. In diesem Fall kann eine Ordnungswidrigkeit vorliegen und mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Bei mehr als 50 Prozent überhöhten Werten, kann es sich sogar um eine Straftat handeln. In beiden Fällen steht den Betroffenen eine Senkung der Miete und die Rückzahlung der zu viel gezahlten Miete zu.

Anhand der „Mietwucher-App“ der Linkspartei können Nutzerinnen und Nutzer mit wenigen Klicks herausfinden, ob sie selbst von einer überhöhten Miete betroffen sind. Liegt ein Verdacht auf Mietwucher vor, können die Betroffenen dort direkt eine Meldung an das Sozialamt abschicken. Zuvor müssen entsprechend der Kriterien im Mietspiegel verschiedene Angaben zur Art der Wohnung gemacht werden – die App erfragt neben Adresse und Kaltmiete auch Aspekte wie Art und (Innen-)Ausstattung der Wohnung. Die Informationen werden anschließend mit der ortsüblichen Vergleichsmiete verglichen.

Mehr als 6800 Mal wurde die App bereits in Leipzig genutzt, teilte die Linkspartei auf Anfrage mit. „Bei 38 Prozent der Nutzer:innen überschritt die Miete die 20-Prozent-Marke und ist damit überhöht“, erklärte Caren Lay, Mietexpertin der Linken im Bundestag, auf LVZ-Anfrage. Mehr als 300 Personen meldeten dies dann auch direkt an die Behörden. „Jetzt muss die Leipziger Verwaltung handeln und die Meldungen engagiert verfolgen“, forderte die Politikerin.

Die App funktioniert derzeit in Großstädten wie Berlin, Hamburg, Freiburg, Leipzig, München, Erfurt oder Dortmund. Seit Mitte November haben bundesweit knapp 32.000 Menschen darüber ihre Daten eingegeben. Mehr als 22.000 Mal habe die von den Nutzerinnen und Nutzern angegebene Miete um mindestens 20 Prozent höher gelegen, davon in rund 13.000 Fällen sogar um mindestens 50 Prozent, hieß es von der Linkspartei.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat unterdessen zum Jahresbeginn [in einem Antrag an den Leipziger Stadtrat](#) gefordert, künftig konsequenter gegen unzulässige Mietpreise vorzugehen. Darin schlägt die Partei vor, überhöhte Mieten etwa durch ein Online-Meldeformular systematisch zu erfassen und außerdem Verstöße konsequent zu verfolgen. „Es ist davon auszugehen, dass auch in Leipzig in nennenswertem Umfang unangemessene Mieten verlangt werden, die strafrechtlich relevant sind“, hieß es darin. Die Linkspartei hatte bereits im Oktober 2024 ein sogenanntes „[Mietwuchergesetz](#)“ im Deutschen Bundestag vorgelegt. Danach soll das aktuell geltende Gesetz verschärft werden, zum Beispiel durch ein höheres Bußgeld von bis zu 100.000 Euro.

